

ERFOLG IM STADTRAT

Am Donnerstag, 14.11.2024 wurde im Berner Stadtrat eine Motion von uns in allen Punkten angenommen. Mit dieser haben wir den steigenden Mieten und der übermächtigen Immobilienbranche den Kampf angesagt. Das ist ein wichtiger Sieg für alle Mieter:innen. Das ist ein wichtiger Sieg für eine Stadt, in der alle Menschen ein Zuhause finden können, denn: Wohnen ist ein Grundrecht.

Es gibt sie noch, die schönen Überraschungen: Nachdem der Gemeinderat mit seiner Antwort auf unsere Motion «Für eine soziale Wohnungspolitik – Mietzinsdeckel statt Luxussanierungen» beantragte, unsere Forderungen abzulehnen, wurde die Motion im Stadtrat angenommen (42 Ja, 22 Nein und 2 Enthalten). Mit dieser fordern wir unter anderem, dass in Zeiten der Wohnungsnot für Sanierungen, Umbau oder Abbruch und Ersatzneubau eine zusätzliche Bewilligungspflicht eingeführt wird. Weiter fordern wir, dass vorzeitige Sanierungen und preistreibende Renovationen (Luxussanierungen) von bezahlbaren Wohnungen nicht mehr bewilligungsfähig sind und, dass ein Mietzinsdeckel nach Sanierungen eingeführt wird.

Der Gemeinderat stellte sich da dagegen. Unter anderem warf er diesem Vorstoss Symbolpolitik vor und bezweifelte die Wirkung solcher Forderungen. Zudem befürchtete er, gestützt auf einen Bericht aus Basel-Stadt, wo Mietzinskontrollen vor einiger Zeit eingeführt wurden, einen Rückgang von energetischen Sanierungen. Dass der Bericht selbst sagte, dass das nicht wirklich messbar sei und wahrscheinlich auch auf die momentan noch vorherrschende Rechtsunsicherheit zurückzuführen sei, spielte dem Gemeinderat anscheinend keine Rolle. Dass derselbe Gemeinderat bzw. das RGM-Bündnis für die Gemeinderatswahlen mit der Forderung von Mietzinskontrollen Wahlkampf gemacht hat, zeigt dann auch, wie verlogen er vorgeht: Er nimmt einen Bericht, der besagt, dass im

Moment noch keine klaren Aussagen zur Auswirkung der Mietzinskontrollen gemacht werden können, um etwas abzulehnen, was er im Wahlkampf selbst fordert. Aber auch wenn Mietzinskontrollen tatsächlich einen Rückgang von energetischen Sanierungen zur Folge hätten, ist nicht der Kampf um tiefere Mieten das Problem, sondern die übermächtige Immobilienbranche, die aus diesen Dynamiken Profit schlägt. So oder so lassen wir dieses Argument also nicht gelten und haben denen, die durch Wohnungsvermietung reich werden, den Kampf angesagt. Denn wir haben heute eine Situation enormer Ungleichheit: Während die Mieten unter Berücksichtigung der relevanten Kostenfaktoren zwischen 2005 und 2021 um 10% hätten sinken sollen, sind sie um 22% gestiegen. Nicht weiter erstaunlich, wenn man bedenkt, wie stark die Immobilienlobby im nationalen Parlament ist: im Nationalrat besitzen 72% ein Haus, im Ständerat sogar 80%.

Indem unsere Motion im Stadtrat nun angenommen wurde, können wir einen entscheidenden Erfolg für die Mieter:innen dieser Stadt feiern. Aber wir werden nicht ruhen und setzen unseren Kampf um für alle bezahlbare Mieten, einen ausgebauten Schutz vor Missbrauch, mehr sozialen Wohnungsbau und ein Ende der Umverteilung nach oben fort.

Matteo Micieli, Stadtrat PdA Bern

80 JAHRE JUBILÄUM PdAS

Die PdA Schweiz hat ihr 80-jähriges Bestehen am 12. Oktober 2024 gebührend gefeiert.

Schon die Planung im Vorfeld geizte nicht mit Spannung:

Ursprünglich sollte die Feier im Volkshaus Zürich stattfinden, wo vor 80 Jahren die PdA gegründet wurde. Wegen Umzügen, Auslandsaufenthalten

und familiären Verpflichtungen sind sehr kurzfristig mehrere GenossInnen ausgefallen und so musste die Sektion Zürich schweren Herzens auf die Ausrichtung der Feierlichkeiten verzichten mangels personeller Ressourcen.

Danach wurde die Sektion Bern angefragt, die Federführung bei der Party-Planung zu übernehmen. Da wir aber in diesem Jahr bereits den aufwändigen Wahlkampf für die Stadtratswahlen in Biel und Bern vor uns sahen, haben wir diese Anfrage abgelehnt. An einer ZK Sitzung hat sich dann ein sektionsübergreifendes ad-hoc Komitee von motivierten Freiwilligen gebildet, um die Jubiläumsfeier trotz der inzwischen knappen Vorbereitungszeit und den beschränkten Ressourcen doch noch zustande zu bekommen. Als Austragungsort wurde Bern festgelegt, da dies geographisch ziemlich in der Mitte liegt und für die Teilnehmerschaft aus der ganzen Schweiz in zumutbarer Zeit erreichbar sein sollte. Event-Locations in Bern und Umgebung sind in der erforderlichen Grösse recht kostspielig. Die Anforderung, dass wir kein externes Catering wünschen, sondern unbedingt selbst kochen wollen, schränkte die Auswahl von verfügbaren Locations zusätzlich ein. Mit dem Stufenbau in Ittigen haben wir einen hervorragenden Veranstaltungsort gefunden, der erstens die Anforderungen erfüllte, zweitens mit ÖV und Auto gut erreichbar ist und drittens an dem Datum noch verfügbar war. Trotz der beträchtlichen Kosten haben wir deshalb eine sehr stimmige Lösung gefunden, die allen gut gefallen hat.

Viele Dutzende von Teilnehmenden aus der ganzen Schweiz haben an den Feierlichkeiten aktiv teilgenommen und diese zu einem unvergesslichen Erlebnis gemacht. Spannende Podiumsdiskussionen zu brandaktuellen Themen, unterhaltende Music-Acts von GenossInnen, leckeres selbstgekochtes Essen, angeregte persönliche Gespräche und das Vertiefen von bestehenden sowie das Knüpfen von neuen Freundschaften liessen die Zeit verfliegen. Über Generations- und Sprachgrenzen hinweg wurden die Gemeinschaft und unser Bewusstsein für unsere historische Aufgabe gestärkt und gefestigt. Trotz der roten Zahlen auf der finanziellen Ebene war deshalb die Jubiläumsfeier ein voller Erfolg, der den Aufwand wert war.

Auf die nächsten 80 Jahre!

Juri

KANAKY UND DIE MILITARISIERUNG NACH INNEN

Rede der KJ am antiimperialistischen Protest vom 12. Oktober in Bern

Liebe Genoss*innen, liebe Verbündete

Wir sind heute hier, um gegen das weltweite Unrecht zu protestieren, das im Namen des Imperialismus begangen wird. Dieser ist das höchste Stadium des Kapitalismus, in dem Monopole die Märkte und Ressourcen kontrollieren. Ausbeutung und Unterdrückung sind die Wurzeln dieses Systems.

Wenn der Staat Armeen entsendet oder Konzerne schützt, geht es nicht um Demokratie oder Menschenrechte. Das sind die Vorwände, um die Bevölkerung zu täuschen. In Wahrheit geht es um Kapitalinteressen, um Profite für eine kleine Elite. Es geht um die Sicherung von Rohstoffen und um geopolitischen Einfluss. Imperialistische Kriege sind Kämpfe um die Neuaufteilung der Welt, um Märkte, Rohstoffe und Arbeitskräfte.

Kanaky, von den imperialistischen Kräften «Neukaledonien» genannt, ist ein Beispiel dafür. Dieses Inselgebiet östlich von Australien ist reich an Rohstoffen und von geostrategischer Bedeutung. Kanaky steht für die andauernde imperialistische Herrschaft Frankreichs und des westlichen Kapitalismus.

Die Ausbeutung der Kanak*innen hat eine lange Geschichte: Angefangen hat es mit der kolonialen Eindringung Frankreichs Ende des 19. Jahrhunderts. Weiter ging es mit der Landnahme, der Verdrängung durch den Siedlerkolonialismus und der systematischen Enteignung und Entrechtung der Indigenen. Bis heute hält der Neokolonialismus in Kanaky an, der die wirtschaftliche Abhängigkeit und die politische Kontrolle des Westens aufrechterhält.

In den letzten Jahren hat die Unabhängigkeitsbewegung Kanakys wieder an Einfluss gewonnen. Dies stellt eine Gefahr für den Einfluss Frankreichs im pazifischen Raum dar und würde dem Westen

eine unverzichtbare Rohstoffquelle vereiteln. Um diese Gefahr endgültig zu beseitigen, wurde in diesem Jahr in Frankreich ohne Zustimmung der indigenen Bevölkerung Kanakys eine Verfassungsänderung beschlossen. Diese soll das Wahlrecht auf alle ausweiten, die seit zehn Jahren in Kanaky leben. Dies würde den Einfluss der französischen Siedler*innen stärken und somit zugunsten Frankreichs ausfallen.

Die von Frankreich beschlossene Verfassungsänderung führte zu einer Protestbewegung gegen diese Wahlrechtsreform. Eine wichtige Kraft des Widerstandes war und ist die Kanakische und sozialistische Front der nationalen Befreiung. Denn der Unabhängigkeitskampf ist nicht nur ein Kampf gegen den französischen Kolonialismus, sondern auch ein Kampf gegen den globalen Kapitalismus. Es ist ein revolutionärer Kampf, der die Machtverhältnisse in Frage stellt, die die wenigen Reichen schützen und die vielen Armen unterdrücken.

Die Protestbewegung wird von Frankreich mit extremer Repression unterdrückt. Frankreich hat Truppen einfliegen lassen und zensiert oder blockiert die sozialen Medien. In einer Situation, die an den Unabhängigkeitskrieg in Algerien erinnert, bewaffnen sich Siedler*innen, schliessen sich zu Milizen zusammen und gehen gewaltsam gegen die Unabhängigkeitsbewegung vor. Diese Gewalt hat bereits Hunderte von Verletzten und mehrere Tote gefordert. Das Narrativ der französischen Elite ist klar: Beileid für die französischen Siedler*innen, Verurteilung der kanakischen Widerstandskämpfer*innen. Wir leben in einer Welt, in der im Namen von Universalismus und Humanismus Kanak*innen über den halben Globus transportiert werden und in Frankreich in Haft gesteckt werden. Es ist das Zeitalter des Imperialismus, liebe Genoss*innen und überall, wo der Imperialismus seine Tentakel hineinsteckt, wird die Natur zerstört und werden die Menschen ausgebeutet.

Doch wir dürfen nicht vergessen: Die Militarisierung nach aussen bedeutet immer auch Militarisierung nach innen. Die Gewalt zur Sicherung imperialistischer Einflussphären kehrt zurück. Sie wird hier eingesetzt, um uns zu überwachen und zu kontrollieren. Illegalisierte Menschen in Europa werden deportiert und den Bedingungen ausgesetzt, vor denen sie geflohen sind. Bedingungen, die der Im-

perialismus geschaffen hat. Auch Demo-Verbote, Gesetzesverschärfungen und der Ausbau der Überwachung zeigen ein System, das Angst vor dem Aufstand der Massen hat. Warum werden wir oft wie Feind*innen behandelt, wenn wir für Gerechtigkeit kämpfen? Weil die herrschende Klasse spürt, dass ihre Macht bröckelt!

Liebe Genoss*innen, der Imperialismus ist nicht nur eine Frage der Aussenpolitik. Er ist im Kapitalismus verwurzelt, der die Menschen auch hier unterdrückt. Die Repression, hier und in Kanaky entspringt demselben System. Es ist ein globales System der Ausbeutung und Unterdrückung, das auf Gewalt angewiesen ist, um sich zu erhalten. Das bedeutet aber auch, dass unser Kampf hier in Europa und der Kampf der unterdrückten Völker wie in Kanaky der gleiche ist: Gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen imperialistische Kriege und Völkermord.

Lasst uns klar sein: Es gibt keine Freiheit unter dem Kapitalismus. Solange einige wenige die Produktionsmittel, die Rohstoffe und Reichtümer kontrollieren, wird die Mehrheit ausgebeutet und unterdrückt. Die einzige Lösung ist die Enteignung der Kapitalisten, die Überführung der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter*innenklasse und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen.

Die Geschichte zeigt, dass imperialistische Mächte nur durch den organisierten Widerstand der Massen gestürzt werden können. Das bedeutet aber auch, dass keine Macht ewig bestehen kann, wenn sich die Massen erheben. Es ist an uns, mit dem Kampf des kanakischen Volkes solidarisch zu sein und seine Selbstbestimmung zu unterstützen.

Der Kampf des kanakischen Volkes ist unser aller Kampf. Der Kampf gegen den Kolonialismus ist auch ein Kampf gegen den Kapitalismus. Lasst uns also gemeinsam den revolutionären Weg beschreiten, die Völker unterstützen, die für ihre Freiheit kämpfen, und das kapitalistische System überwinden. Denn nur in einer sozialistischen Welt können die Menschen in Freiheit und Würde leben.

Hoch die internationale Solidarität!
Es lebe der Sozialismus!

Jasmin Moser

ZUR KURDISCHEN BEWEGUNG

Rede der KJ am antiimperialistischen Protest vom 12. Oktober in Bern

Liebe Mitmenschen, liebe Genoss*innen,

Danke, dass ihr hier seid, zuhört und euch einsetzt. Für viele im Westen ist es ein Privileg, sich für Politik zu interessieren und Aktivismus zu betreiben. Aber für viele im globalen Süden, wie in Kurdistan, die unter imperialistischer Unterdrückung leiden, ist politischer Kampf nicht nur eine Option. Der Widerstand ermöglicht es uns zu leben, auch wenn es unser Leben kostet. Der Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit ist international und beginnt nicht in Kurdistan, sondern ist allgegenwärtig und überall dort, wo Menschen für ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen.

Der Erste Weltkrieg, der im Interesse der imperialistischen Mächte begann, hat nicht nur den Kapitalismus gestärkt, sondern uns Kurd*innen in eine neue Epoche der Unterdrückung hinein gezwungen - eine Epoche, die noch andauert. Das Osmanische Reich, das sich über unser Siedlungsgebiet erstreckte, war ein Imperium, das uns unterdrückte. Doch nach seinem Zusammenbruch waren es die Siegermächte, die uns erneut unterdrückten und unser Recht auf Selbstbestimmung raubten.

Grossbritannien und Frankreich teilten die Überreste des Reiches unter sich auf, um ihre kapitalistischen Interessen zu sichern. Versprechungen eines kurdischen Staates wurden gemacht und gebrochen. Hier in der Schweiz wurde vor über 100 Jahren der Vertrag von Lausanne unterzeichnet - der Vertrag, der den Grundstein für unser heutiges Elend legte und uns zum grössten Volk ohne Staat machte.

Im heutigen Syrien, Irak, Iran und der Türkei leben wir seitdem als unterdrückte Minderheit. Die Nationalstaaten, in die wir je nach Region zugeordnet wurden, sahen in uns eine Bedrohung ihrer Staatsräson. Sie verboten unsere Sprache, unsere Kultur, zerstörten unser Land und indoktrinierten ihre Bevölkerung mit Hass auf alles Kurdische.

Sie wollten uns auslöschen. Ein Massaker folgte dem anderen.

Wenn unser Kurdischsein verboten wird, wird unser Kurdischsein zum Widerstand. Dieser Widerstand ist zu einem Teil unserer Identität geworden. Aus diesem Widerstand hinaus sind viele Bewegungen entstanden, aber keine hat unseren Kampf so konsequent und authentisch verkörpert wie die PKK. Die PKK ist nicht nur eine Widerstandsbewegung, die den bewaffneten Kampf führt - sie arbeitet unser kulturelles Erbe auf, sie gibt uns die theoretischen Werkzeuge, um unsere Situation zu verstehen und sie kämpft für das Recht auf Leben für alle Unterdrückten. Ihr Ziel ist nicht nur ein freies Kurdistan, sondern eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für eine Menschheit, die in Harmonie mit der Natur lebt.

Trotz ihrem Einsatzes für Gerechtigkeit, Freiheit und Umweltschutz wird die PKK von vielen Staaten als Terrororganisation eingestuft. Deutschland ist nach der Türkei das Land mit den meisten inhaftierten kurdischen Aktivistinnen. Deshalb spreche ich hier aus, was viele Kurdinnen weltweit denken, aber nicht sagen dürfen: Bijî Berxwedana Gerîla! Es lebe der Widerstand der Guerilla!

Unser Revolutionsführer Abdullah Öcalan, der seit 20 Jahren isoliert und inhaftiert ist, hat uns eine entscheidende Lektion hinterlassen: Auf Sozialismus zu bestehen, heisst, auf die Menschlichkeit zu bestehen.

Trotz der Bemühungen, uns zu einem bedeutungslosen und gefühllosen Leben zu führen durch Massenpropaganda, Verbreitung von Drogen, Sexismus, Konkurrenzdenken und Egoismus, trotz des konsumorientierten und nihilistischen Lebensstils, der von der Kulturindustrie des Kapitalismus gefördert wird, stehen wir auf. Trotz der Repression und Gewalt der Polizei gegen friedliche Demonstranten bleiben wir standhaft.

Liebe Herrschende der Welt:

Ertrinkt in jedem Tropfen Liebe, den wir füreinander empfinden. Verbrennt euch an jedem Funken Solidarität, den wir ausleben. Unser Zusammenhalt soll euch erdrücken und euch die Luft rauben. Jeder befreite Zentimeter, jedes Haus, jeder Wald,

den wir euren egoistischen, geldgetriebenen Interessen entreissen, soll euch den Boden unter den Füssen wegziehen.

Hoch die internationale Solidarität.

Pir Ché Celik

wurde, in die Bundesverfassung eingefügt. Bei dieser Abstimmung ging es um den Betrieb und den Substanzerhalt der SBB-Infrastruktur sowie der Privatbahnen und um den Ausbau der Bahninfrastruktur. In der umfangreichen bundesrätlichen Botschaft wie auch im Abstimmungsbüchlein wurden der Betrieb und die Kosten des innerstädt-

VOR BUNDESGERICHT FÜR DIE BERNER GRATIS-ÖV-INITIATIVE!

Medienmitteilung

Im Jahr 2021 haben die Partei der Arbeit und die Kommunistische Jugend Bern mit 5'583 gültigen Unterschriften ihre kommunale Volksinitiative «Für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr in der Stadt Bern (Gratis-ÖV-Initiative)» eingereicht. Der Berner Gemeinderat und daraufhin die zuständige Regierungsstatthalterin waren der Meinung, diese Initiative sei ungültig zu erklären, weil sie gegen Bundesrecht verstosse. Zwei Jahre später, mitten in den diesjährigen Sommerferien, hat das Bernische Verwaltungsgericht diese Ungültigkeitserklärung bestätigt.

Gegen diesen Entscheid hat nun das Initiativkomitee der Berner Gratis-ÖV-Initiative Beschwerde ans Bundesgericht erhoben.

Es wehrt sich gegen die dort vertretene Auffassung, Art. 81a, Abs. 2 der Bundesverfassung verbiete die Einführung eines Gratis-ÖV auf kommunaler Ebene. Laut dieser Bestimmung sollen Nutzerinnen und Nutzer einen angemessenen Teil an die Kosten des öffentlichen Verkehrs beitragen. In welcher Form oder in Bezug auf welche Teilleistungen des Gesamtsystems öffentlicher Verkehr diese Kostenbeteiligung zu erfolgen hat, besagt die genannte Verfassungsnorm jedoch nicht.

Art. 81a BV wurde als Teil der bundesrätlichen Vorlage «Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur», welche im Jahr 2014 von Volk und Ständen angenommen



RÜCKBLICK AUF DIE STADTRATSWAHLEN IN BIEL

Am 22. September fanden in Biel/Bienne die Gemeindewahlen statt. Die PdA/POP kandidierte mit einer Liste, auf der 21 Kandidierende Platz gefunden haben, für den Stadtrat. Das sind vier Kandidierende mehr als bei den letzten Wahlen.

Grundsätzlich können die Stadtratswahlen in Biel/Bienne, aus Sicht der PdA/POP, positiv bewertet werden. Die PdA/POP konnte wieder zwei Sitze holen. Ein Blick auf die Resultate zeigt, dass die PdA/POP ihren Wähler*innenanteil gegenüber den letzten Wahlen leicht erhöhen konnte. Leider reichte es dennoch nicht, den Sitz von Genosse Pir Ché Celik zu verteidigen und einen dritten Sitz zu gewinnen. Gewählt sind Dana Augsburger-Brom und Peter Heiniger. Sie sind beide motiviert und werden die PdA/POP in Biel/Bienne vertreten.

tischen Bus- und Tramverkehrs mit keinem Wort erwähnt. Es war auch nirgends davon die Rede, dass die neuen Bestimmungen in irgendeiner Form das Recht von Kantonen und Gemeinden einschränken könnten, für ihr Territorium die Unentgeltlichkeit des öffentlichen Verkehrs anzuordnen.

Wenn man nicht dem Bundesrat und dem Parlament unterstellen will, sie hätten dem Volk 2014 eine irreführende Mogelpackung untergejubelt, ist die Auslegung von BV Art. 81a, Abs. 2, wie sie von den Berner Behörden zur Ungültigkeitserklärung der Initiative vorgebracht wird, nicht haltbar. Gegen eine solche unzulässige Auslegung des fraglichen Verfassungsartikels wehren sich die Initiantinnen und Initianten jetzt vor Bundesgericht. Sie wehren sich damit gegen eine willkürliche Beschränkung demokratischer Rechte und verlangen, dass die Gratis-ÖV-Initiative den Stimmberechtigten der Stadt Bern endlich zur Abstimmung vorgelegt wird!

Bern, 27. August 2024



Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9
IBAN: CH51 0900 0000 3002 6786 9

NACH DEN BERNER STADTRATSWAHLEN

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern, die unsere «Liste 25 Partei der Arbeit Bern» bei den diesjährigen Wahlen zum Berner Stadtparlament unterstützt haben und wir gratulieren unserem Genossen Matteo Micieli zu seiner erfolgreichen Wiederwahl als PdA-Vertreter im Stadtrat Bern. Wir wünschen ihm die nötige Energie und Beharrlichkeit, um weiterhin die Forderungen der Partei der Arbeit in einem mehrheitlich sozialdemokratisch-grünen Stadtparlament sichtbar zu machen. Unsererseits werden wir uns bemühen, ihn dabei zu unterstützen.

An der kommenden kantonalen PdA-Mitgliederversammlung am 2. Dezember 2024 in Biel (nach Redaktionsschluss dieser NixBravDa) werden wir die Wahlergebnisse analysieren. Verglichen mit den Stadtratswahlen vor 4 Jahren erzielte unsere PdA-Liste einen Stimmenzuwachs; aber für den erhofften zweiten PdA-Sitz im Berner Stadtparlament reichte es noch nicht. Sehr erfreulich ist andererseits die Tatsache, dass die PdA im Laufe dieses Jahres eine ganze Reihe von Neumitgliedern gewonnen hat, von denen sich viele bei unserem Wahlkampf auf der Strasse aktiv beteiligt haben! An der Mitgliederversammlung werden wir auch die Diskussion aufnehmen, welche politischen Forderungen für uns kurz- und mittelfristig im Stadtrat Bern im Vordergrund stehen.

Partei der Arbeit Bern, Vorstand